

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 12

Artikel: Kann es so weitergehen? [Schluss]
Autor: Bühner, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337381>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kann es so weitergehen?

(Fortsetzung und Schluß)

Wenn Kneschaurek verlangt, Unternehmer und Gewerkschaften sollten auf die «mißbräuchliche Ausnutzung ihrer monopolitischen Macht verzichten» und ihre Preis- und Lohnpolitik auf

gesamtwirtschaftliche Interessen

abstellen, dann muß man fragen, mit welchem Recht kann man eine solche Forderung erheben? Wie kann man vor allem von den Arbeitern verlangen, sie sollen sich mit einer zweiprozentigen jährlichen Lohnerhöhung zufrieden geben, solange sie keinen Einblick in die Geschäftsführung der Betriebe, für die sie arbeiten, kein Mitspracherecht haben? Wer sagt ihnen darüber hinaus – und auch den Unternehmern –, in was die «gesamtwirtschaftlichen Interessen» bestehen? Nachdem schon die meisten Unternehmungen im Besitz des «Gruppenkapitalismus» sind, ist nicht einzusehen, warum die Arbeiter und Angestellten nicht auch diesen «Gruppen» angehören und durch ihre Organisationen in den Betriebsleitungen ihrer «Großunternehmungen» Sitz und Stimme haben sollen. Ihre Vertreter können unter Umständen Wesentlicheres zu einer richtigen Geschäftsführung beitragen als Verwaltungsratsmitglieder, die aus denselben Finanzkreisen stammen wie die Direktion. Jedenfalls wird man von den Lohnbezüglern nicht verlangen können, daß sie einem starren Schema der Lohnregelung beipflichten, ohne daß man ihnen Einblicke in den Geschäftsgang und ein gewisses Mitspracherecht zugesteht. Auch dann werden die Unternehmer und die Arbeiter und Angestellten nur begrenzt feststellen können, was die «gesamtwirtschaftlichen Interessen des Landes» sind. Wie schwierig diese zu bestimmen sind, kam jüngst wieder aus, als vorgeschlagen wurde, die Bankkredite zurückzubinden, um eine weitere «Überhitzung der Konjunktur» zu verhüten. Sofort erhoben Firmaleiter und Volkswirtschaftler ihre Stimmen, das sei grundfalsch und bedeute einen unzulässigen Eingriff in die Wirtschaft. Weder die Bankherren noch die Industriekapitäne und -barone waren sich einig, was das gesamtwirtschaftliche Landesinteresse in diesem Falle war. Auch die Kompetenz der Nationalbank wurde in Zweifel gezogen. Sicher war nur eins: eine Krediteinschränkung, die unter Umständen sehr weittragende Folgen haben konnte, bedeutete nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch

eine hochpolitische Maßnahme,

geht es dabei doch um die Wohlfahrt der Nation. Wer aber ist denn in der Demokratie befugt, hochpolitische Maßnahmen zu treffen? Doch nur der

Souverän, das Volk. Indessen ist es, das Volk, sind wir imstande zu urteilen, zu bestimmen, ob es richtig sei, wenn «es so weitergehe», die Hochkonjunktur erhalten bleibt, wenn man auch weiter den Banken freie Hand läßt? Offenbar nicht. Unser geistiges Rüstzeug reicht dazu nicht aus. Wir sollten entscheiden: Ist es richtig, weitere Riesensummen in unsere Industrie hineinzupumpen, die Zahl der Fremdarbeiter in wenigen Jahren zu verdoppeln, unser ganzes Mittelland von St. Gallen bis Genf in den nächsten 20 Jahren in einen einzigen großen Industrie- und Stadtbezirk zu verwandeln? Wenn wir darauf keine Antwort wissen, ja nicht einmal eine suchen, den Dingen einfach den Lauf lassen, versagt dann nicht die Demokratie in ihrer heutigen Form? Wer anders aber ist in der Lage, zu erkennen, welches die gesamtwirtschaftlichen Interessen sind, und was zu geschehen hat, um sie zu wahren, als das Volk? Denn eine eindeutige Antwort auf die Frage gibt es nicht. Es geht da um das Leben der Nation. Leben ist von unzähligen Faktoren bestimmt, die ständig wechseln. Die Aufgabe der Politik ist es, mit diesem Wechsel Schritt zu halten, die jeweils gegebenen Gefahren zu vermeiden, die lebensfördernden Zustände zum Wohl der Gemeinschaft auszunützen. Zum Wohl der Gemeinschaft! Damit ist der soziale Charakter der Demokratie gegeben. Das Wohl der Gemeinschaft hängt in erster Linie von der wirtschaftlichen Prosperität des Landes ab. Das heißt aber: Wenn die Demokratie ihre Aufgabe erfüllen soll, dann muß sie zur *sozialen Wirtschaftsdemokratie* vorstoßen. Dann muß sie ihren Mitgliedern, ihren Bürgern die Verantwortung für den Gang der Wirtschaft, von dem das Schicksal der Nation in hohem Maße mitbedingt ist, auferlegen. Wenn aber das Volk diese Verantwortung tragen soll, dann muß es auch dazu befähigt sein. Das sind wir nicht. – Wieso aber sind wir fähig, auf «politischem» Gebiet Entscheide abzugeben, Volksentscheide? Ganz einfach deshalb, weil die Probleme, um die es dabei geht, von Anfang an zur öffentlichen Diskussion standen; erst recht, nachdem sie im Parlament behandelt wurden, sich feste Anträge herauskristallisiert hatten. – Die Frage, ob die Bankkredite für Bauherren und die Industrie zurückgebunden werden sollen oder nicht, wird heute nicht Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Die kantonalen und eidgenössischen Parlamente hüten sich, das Problem aufzugreifen. Das Eisen ist zu heiß. Man fühlt sich nicht kompetent. Und ist es auch nicht. Die Dinge sind zu schwer durchschaubar.

Ein Eingriff zu riskant. Das zeigt sich am krassesten beim Bodenproblem. Es müßte aber angesichts der dringend notwendigen Lösung solcher Fragen eine Institution geben, die berufen wäre, diese Dinge zu klären, die «gesamtwirtschaftlichen Interessen» daran aufzuzeigen und über dem eine auf sachlichen Darlegungen begründete Diskussion in die Wege zu leiten, aus der sich Anträge, die Entscheidungen führten, ergeben müßten. Eine solche Institution wäre

bestehend aus Vertretern aller Interessentenkreise, der Konsumenten, der Lohnbezüger (deren Gewerkschaften), der Industriellen, der Gewerbetreibenden, der Banken (nicht der Parteien). Die Aufgabe eines solchen Rates wäre, die brennendsten wirtschaftlichen Probleme aufzugreifen, ihre Problematik von den Interessenten her zu durchleuchten, das Ergebnis Fachgelehrten vorzulegen, Lösungsvorschläge auszuarbeiten und sie, wie schon die ersten Maßnahmen, zur öffentlichen Diskussion zu stellen, um so die allgemeine Aufklärung zu erreichen, ohne die keine demokratische Lösung möglich ist. Denn nicht darauf kommt es an, die absolut beste Lösung (wer weiß schon, welches die beste ist?) zu finden, sondern diejenige, die die Mehrheit als die unter den gegebenen Umständen annehmbarste hinnimmt, der sie sich unterwirft, die sie zu verantworten bereit ist und nicht als unnötigen Zwang empfindet. Aber auch diese bedingte, annehmbare Lösung – die stets ein Kompromiß sein wird – können wir nur finden, wenn wir so gut wie nur möglich und nicht einseitig, sondern allseitig informiert werden. Nur ein allseitig und gründlich informiertes Volk, das sich in freier Diskussion seiner Verantwortung für seine Gegenwart bewußt wird, kann Entscheide fällen über so tragweite Fragen, wie sie die Gegenwart an uns stellt. Fragen, wie: Kann und darf es wirtschaftlich so weiter gehen, wie in den letzten acht Jahren? Fragen, bei deren Beantwortung nicht nur die Verhältnisse und Zustände im eigenen Land zu berücksichtigen sind, vielleicht in noch höherem Maße die Verhältnisse auf der ganzen Welt! Denn wenn hierzulande die Geschäfte weiterhin so blühen, wenn wir weiterhin so Geld verdienen sollen, dann muß die Hochkonjunktur im Westen anhalten. Das bedingt, daß die Rüstungsindustrie weiter auf Hochtouren läuft und große Aufträge hat, was nur möglich ist, wenn – der Kalte Krieg andauert! Ob der «ewig», oder doch die nächsten zwanzig Jahre andauern kann, ohne in den Heißen Krieg überzuwechseln...? Jedenfalls würde der Rückzug größerer Rüstungsaufträge Kursstürzen an der Börse rufen, die Gefahr einer Krise – wer weiß – einer Dauerkrise heraufbeschwören, hinter der eine neue Diktatur und hinter dieser eine neue Weltkatastrophe drohte.

Die Fortdauer der westlichen Hochkonjunktur und der damit verbundenen Einheimung riesiger Gewinne durch die kapitalistischen Vaterländer würde auch die Fortdauer der Not der Zurückgebliebenen bedeuten, denen bisher weder die Kommunisten, noch die «freie Welt» nennenswerte Hilfe zu bringen vermochten, die vielmehr, wie Kenner behaupten, immer mehr verarmen, während die industrialisierten Staaten immer reicher werden. Ist das aber zu verantworten? Hat dieser Ueberbesitz noch einen Sinn? In zwanzig Jahren, das heißt in allernächster Zeit, soll es 4 Milliarden, doppelt so viel Menschen auf der Erde geben wie heute. Wie sollen die Zurückgeblie-

benen nicht noch mehr verelenden, da heute schon drei Viertel von ihnen unterernährt sind? Kann man angesichts dieser Tatsache die ungeheuren Aufwendungen für Kriegszwecke (sie sollen sich jährlich insgesamt auf über 440 Milliarden belaufen) noch rechtfertigen gegenüber den lächerlich geringen Aufwendungen für die Hilfsaktionen für die Unterentwickelten? Nach Berechnungen der «Vereinten Nationen» würden 60 Milliarden pro Jahr genügen, um die verarmten Länder auf das europäische Durchschnittsniveau zu heben. Beauftragte der Unesco (unter ihnen Ritchi Calder in seinem Werk «Die Erben des Prometheus») sind überzeugt, die Möglichkeit zu helfen und den zu erwartenden 4 Milliarden ein menschenwürdiges Dasein zu bieten, sei durchaus gegeben, vorausgesetzt, daß man sich überall in den Dienst des Friedens stelle und sich von einer zum Völkerselbstmord führenden Vogel-Strauß-Politik abwende. Ist es nicht eine zum mindesten

ungeheuer gefährliche Vogel-Strauß-Politik,

wenn man die Frage, kann es mit unserer Wirtschaft so weiter gehen?, beantworten will, ohne sich um die weltpolitischen Zustände zu kümmern, so als ob wir an ihnen unschuldig wären, so als ob sie uns nichts anhaben könnten? Ein Volk, das so wie wir, auf den Export angewiesen ist, gezwungen ist, seine letzte physische und geistige Arbeitskraft einzusetzen, wenn es konkurrenzfähig bleiben soll (und das muß es, wenn es nicht unter die Räder kommen will), um so viel Gewinn wie nur möglich hereinzuholen, ein solches Volk ist mitverantwortlich, nicht nur am Fortschritt, sondern auch an politischen Zuständen, die sich aus diesem wirtschaftlichen Wettkampf ergaben und der zur Aufspaltung der Menschheit in zwei einander todfeind gegenüberstehende Lager führte und deren Feindschaft die Menschheit mit dem Untergang bedroht. Dieser Verantwortung werden wir nicht dadurch ledig, daß wir uns neutral erklären und es ablehnen, einem vereinten Europa anzugehören, das sich auf die militärische Macht verläßt und auf das «Gleichgewicht des Schreckens» abstellt. Wir leisten wohl das Mögliche, um uns gegen einen allfälligen Angreifer zur Wehr setzen zu können, aber damit ist unsere Mitverantwortung am Weltfrieden nicht erschöpft. Wenn wir schon alljährlich die ungeheure Summe von 2 Milliarden Franken für die «Abschreckung von Feinden» aufwenden, können wir dann nicht auch noch jährlich

eine Milliarde für die Gewinnung des Friedens

aufwenden? Eine Milliarde, die wir vielleicht aus hinterzogenen Steuern aufbringen würden und mit der wir Notleidenden – auch solchen hinter dem Eisernen Vorhang – beispringen würden, mit Maschinen, Milch, Milchprodukten, Kapitalien. Wenn die kleine Schweiz jedes Jahr hiefür eine Milliarde zur Verfügung stellen würde, müßten die andern Staaten mit Leichtigkeit die

restlichen 59 Milliarden aufbringen, die nach den Vereinten Nationen nötig sind, um das Elend aus der Welt und die Voraussetzung des Friedens zu schaffen. Ein Vorschlag dieser Art, der vom schweizerischen Wirtschaftsrat ausgehen könnte, müßte einer lebhaften, vielleicht leidenschaftlichen Diskussion rufen, in der wir uns über die Zustände der Welt informieren, uns klar werden könnten, vor welcher schicksalhaften Aufgabe sie steht, Aufgaben, denen nur eine dem Frieden verpflichtete Weltgemeinschaft Meister werden kann. Ohne solche Diskussionen, ohne Aufklärung, die sie allein uns verschaffen können, werden wir nicht zur Selbstbesinnung kommen, laufen wir Gefahr, blindlings die Opfer der Gewaltpolitik zu werden. Wir werden ihr nicht Herr im Vertrauen auf die Waffen, sondern im Vertrauen auf das Gute im Menschen, das wir durch die Tat zu beweisen haben.

BRUNO SCHLÄPPI

Enver Hodscha setzte auf das falsche Pferd!

Von Titograd her passieren wir die albanische Grenze. Der jugoslawische Zöllner schüttelt den Kopf, als er uns den Weg nach Shkodër freigibt. Er begreift nicht, was man in Albanien zu suchen hat, wo doch monatlich albanische Flüchtlinge in Jugoslawien um Asyl bitten. Land- und Industriearbeiter. Zu zweit, aber auch einzeln, gehen sie hinüber nach Debar in Mazedonien, über die gebirgige Grenze. Die Albaner blättern über eine Viertelstunde in unsern Papieren. Daß irgendwo in Mitteleuropa noch eine Schweiz vorhanden ist, vermögen sie nicht zu fassen. Ihr Vorgesetzter muß sie aufklären. Doch dann ist die Route frei.

Schwer zu ermessen ist, wieviel Einwohner Shkodër hat. Es mögen etwa 30 000 bis 40 000 sein. Zwischen den neu erbauten Wohnblöcken, die an Kasernen mahnen, wimmelt es von armseligen Hütten und abbruchreifen Häusern. Im ganzen Land herrscht Wohnungsnot. Drei bis vier Personen leben in einem einzigen Raum. Einzig für die Hafenstadt Durrës und Tirana trifft das nicht zu, wo ein großer Teil der Unterkünfte der abgezogenen sowjetischen Marinestreitmacht in Wohnkasernen umgewandelt worden sind.

Albanien ist ein bitter armes Land. Bodenschätze sind zwar vorhanden, sogar Erdöl. Doch die Mittel zur Ausbeutung fehlen. Sie fehlen teilweise auch zur Schürfung der Pyritvorkommen und zum Abbau der Braunkohle. Und mit den primitivsten Mitteln wird das Kochsalz gewonnen.

Die Bauern fristen ein karges Leben. Ihre Anbaumethoden sind praktisch